Schulverband Tornesch-Uetersen

Niederschrift

Gremium:	**Verbandsversammlung Schulverband Tornesch-Uetersen**		
Sitzungsnummer:	**SZV 20/48**	**Sitzungsdatum:**	**03.06.2020**
Sitzungsbeginn:	18:32 Uhr	Sitzungsende:	19:48 Uhr
Sitzungsraum:	Pausenhalle der Klaus-Groth-Schule, 25436 Tornesch, Klaus-Groth-Str. 11		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Daniel Kölbl - CDU Tornesch	Vorsitzender	

Verbandsversammlung

Frau Sabine Kählert - Bgm.in Tornesch	Verbandsvorsteherin	
Herr Adolf Bergmann Bürgervorsteher der Stadt Uetersen - CDU Uetersen	Mitglied	
Herr Hans-Jürgen Brede - B90/GRÜNE Tornesch	Mitglied	
Herr Henrik Haeder - FDP Tornesch	Mitglied	
Frau Bgm. Andrea Hansen - Bgm. Uetersen	Mitglied	
Herr Holger Köpcke - BfB Uetersen	Mitglied	Vertretung für: Herrn Jens Ewald
Herr Horst Lichte - SPD Tornesch	Mitglied	
Herr Justus Schmitt - CDU Tornesch	Mitglied	

Verwaltung

Frau Caroline Schultz - Verwaltung Tornesch	Fachdienstleiterin	
Herr Gunnar Seiler - Verwaltung Tornesch	Stabsstelle EDV	
Frau Berit Kolb - Verwaltung Tornesch	Protokollführerin	

Gäste

Herr Rolf Brüggmann - SPD Uetersen	Gast	
Herr Andreas Waldowsky - KGST	Gast	Schulleiter der KGST

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2019	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse (ø)	
5	Anfragen von Mitgliedern der Verbandsversammlung	
6	Umbesetzung der Schulverbandsversammlung	VO/20/128
7	Bericht der Verbandsvorsteherin und der Schulleitung in öffentlicher Sitzung	VO/20/132
8	Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle im Schulsekretariat für die Klaus-Groth-Schule	VO/20/133
9	Neufassung der Verbandssatzung nach Anpassung an die neue Mustersatzung	VO/18/249-1
10	Mögliche Übertragung von vergaberechtlichen Aufgabenstellungen an die Kreisverwaltung Pinneberg, Zentrale Vergabestelle - ZVS -	VO/20/131
11	Einrichtung einer Stelle im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) oder des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)	VO/20/129
12	Erstellung eines schulischen EDV-Konzeptes und Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des Digitalpakts für die Klaus-Groth-Schule hier: Auftragsvergabe und Freigabe von Mitteln	VO/20/130
Nicht öffentlicher Teil		
13	Bericht der Verbandsvorsteherin in n.-ö. Sitzung	

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird beschlossen.
Die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung werden ebenfalls beschlossen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende, Herr Kölbl, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:
Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2019

Beschluss:
Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung vom 13.11.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:
Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.11.2019.

TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse (ø)

Beratungsverlauf:
Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 5 Anfragen von Mitgliedern der Verbandsversammlung

Beratungsverlauf:
Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 6 Umbesetzung der Schulverbandsversammlung

Beratungsverlauf:
Die Schulverbandsversammlung nimmt die in der Ratsversammlung der Stadt Uetersen am 12.12.2019 beschlossenen, nachstehenden Entsendungen unwidersprochen zur Kenntnis:

- Herr RH Rolf Brüggmann für Frau RF Franziska Hammer,
- Herr RH Jens Ewald für Frau RF Bianka Ewald.

TOP 7	Bericht der Verbandsvorsteherin und der Schulleitung in öffentlicher Sitzung

Beratungsverlauf:
Der Schulleiter der KGST, Herr Waldowsky, berichtet, dass ab dem 16.03.2020 die Schule aufgrund der Corona-Pandemie und des damit verbundenen Betretungverbotes geschlossen wurde. Der Unterrichtsbetrieb musste innerhalb weniger Tage umgestellt werden. Dies bedeutete für die Schule eine Herausforderung im Bereich „digitales Lernen“ und „Homeschooling“. Für die Umsetzung wurde das Programm Edudocs eingesetzt.

Nach den Osterferien wurde das Betretungsverbot zunächst für die Schülerinnen und Schüler (SuS) der Abschlussklassen für die Prüfungsvorbereitung ESA und MSA aufgehoben. Die Notbetreuung umfasste bis zu 25 SuS in bis zu drei Gruppen. Später konnten die schriftlichen Abiturprüfungen und die ESA- und MSA-Prüfungen problemlos durchgeführt werden. Anschließend konnten die 9., 11. und 12. Klassen wieder unterrichtet werden. Seit dem 02.06.2020 dürfen die 5., 6. und 7.Klassen die Schule wieder betreten. Der Unterricht erfolgte in geteilten Klassen und damit reduzierter Gruppenstärke zu unterschiedlichen Zeiten in den Hauptfächern Deutsch, Mathe, Englisch und teilweise in Sport. Für die Umsetzung wurde ein Hygienekonzept erstellt und die Schule entsprechend ausgestattet.

Aus der Gruppe der zur Risikogruppe zählenden Lehrkräfte, für die keine Präsenzpflicht besteht, unterrichten inzwischen 9 von 17 freiwillig wieder in der Schule.

Zusammenfassend sei die allgemeine Umsetzung mit einem hohen Engagement aller Beteiligten gut gelaufen. Ausbaufähig sei derzeit noch die Ausstattung mit mobilen Endgeräten. Vorhandene Altgeräte wurden bei Bedarf für einzelne Schüler und Schülerinnen zur Verfügung gestellt. Geplant seien Konzepte für selbstorganisiertes Lernen und Medienkompetenz. In der letzten Woche vor den Sommerferien ist die Beschulung ganzer Klassen geplant. Da die Abschlussfeiern aufgrund der zahlenmäßig nur begrenzt erlaubten Personenzahl nicht im gewohnten Rahmen stattfinden können, sei geplant, die Feiern im nächsten Jahr nachzuholen.

Bei Stornierungen von Klassenfahrten können Stornokosten entstehen, die von Eltern zu tragen seien. Es seien jedoch oftmals kostenfreie Stornierungen möglich. Für zukünftige Fahrten gäbe es vom Land keine konkrete Vorgabe zum Stornieren. Die Erstattung in Härtefällen durch das Land sei möglich.

Für den Online-Unterricht bleibe die Frage der Kostenübernahme, wenn SuS kein geeignetes Endgerät besitzen.

Außerdem werde auf Hygiene-Anweisungen zum Mensabetrieb vom Land gewartet, wenn der Schulbetrieb nach den Sommerferien in vollem Umfang startet.
Im Altbau bestehe ein Problem für die Einhaltung der geforderten Hygiene, weil nur wenige Handwaschbecken vorhanden seien.

Frau Kählert schlägt vor, zusätzlich Desinfektionsmittel zur Erhöhung der Sicherheit im Altbau bereitzustellen und fragt, ob wie von Frau Prien angekündigt „Holidayschooling“ geplant sei. Herr Waldowsky erklärt, dass derzeit geprüft werde, ob am Ferienende Unterricht für schwächere SuS angeboten werde.

Herr Brüggmann fragt, warum verwaltungsseitig nicht die Beschaffung von mobilen Endgeräten als Beratungspunkt vorgesehen wurde. Es werde immer wieder darüber berichtet, dass einige SuS aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten benachteiligt seien. Frau Kählert berichtet, dass vom Bund ein Förderprogramm in Höhe von 500 Millionen € für die Beschaffung von mobilen Endgeräten an Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die dafür notwendige Richtlinie für die Verteilung der Mittel auf die Länder und von diesen an die Schulträger stehe unmittelbar in Vorbereitung. Die Endgeräte werden in das Eigentum der Schulträger übergehen, die die Geräte an bedürftige SuS verleihen werden. Aufgabe der Schule sei es, ein gerechtes Verteilkonzept zu erstellen. Eine entsprechende Abfrage habe durch die Schule zu erfolgen. Eine Begleitung durch den Schulträger werde angestrebt. Fraglich sei noch, ob die Mittel auskömmlich sein werden. Bedauerlich sei, dass der Schulträger die Finanzierung der Unterhaltung/Wartung der Geräte zu sichern hat. Hierfür wurden keine Mittel bereitgestellt.

Herr Haeder fragt nach, inwieweit Fortbildungen für die Lehrkräfte in Sachen Digitalisierung angeboten und wahrgenommen werden. Herr Waldowsky erklärt, dass keine Pflicht zur Teilnahme an Fortbildungen bestehe, viele Veranstaltungen im nicht ortsnahen Kronshagen angeboten und von den Lehrkräften leider nur vereinzelnd bis gar nicht wahrgenommen werden. Im Zuge der Digitalisierung werde eine entsprechende Fortbildung angestrebt.

Herr Lichte fragt nach technischer Unterstützung für SuS bei mangelnder WLAN-Anbindung. Herr Waldowsky berichtet, dass schon in Einzelfällen vom Schulverein bereitgestellte WLAN-Boxen an SuS ausgegeben wurden.

Weiter berichtet Herr Waldowsky, dass für das kommende Schuljahr für nachzubesetzende Stellen erfreulicherweise geeignete Lehrkräfte gefunden wurden und es kaum Abgänge von Lehrkräften gäbe. Im neuen Schuljahr werde es vier 11. Klassen geben und sechs 5. Klassen. Um die fehlenden Stunden der zur Risikogruppe zählenden Lehrkräfte auszugleichen, werde es in den 7. bis 9. Klassen statt einer Differenzierung eine Binnendifferenzierung im Klassenverband geben.

Frau Schultz ergänzt den Bericht der Verwaltung, dass zu dem Punkt Schülerbeförderung noch keine weiteren Informationen vorliegen. Die Spende der Firma ADM wurde am letzten Tag der offenen Tür offiziell übergeben.

Herr Kölbl bedankt sich bei allen Beteiligten für Ihren Einsatz in Zeiten der durch die Pandemie erhöhten Anforderungen. Diesem Dank schließen sich alle Mitglieder des Schulverbandes an.

TOP 8	Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle im Schulsekretariat für die Klaus-Groth-Schule

Beratungsverlauf:

Frau Kählert erklärt, dass es Unklarheiten in der Verbandssatzung bezüglich der Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle im Schulsekretariat gäbe. Daher empfiehlt sie, entsprechend dem Rat der Kommunalaufsicht, eine Überarbeitung der Satzung. Durch den hohen Belastungsgrad der Schulsekretärinnen habe eine bewährte Mitarbeiterin ihre Stundenzahl zur Gesunderhaltung reduziert. Diese freigewordenen Stundenanteile konnten mit einer dritten Mitarbeiterin nachbesetzt werden. Während des Betretungsverbotes in der Corona-Pandemie sei weniger Arbeit angefallen und Rückstände konnten aufgearbeitet

werden. Es sei aber davon auszugehen, dass es bei einem wieder anlaufenden, normalem Schulbetrieb zukünftig wieder zu einer Überlastung kommen werde und einige Arbeiten nicht erledigt werden könnten. Eine Aufstockung solle daher nach Klärung des Verfahrens erfolgen. Daher wünscht sich Frau Kählert eine im Konsens der Verbandsmitglieder entschiedene dauerhafte Lösung.

Herr Bergmann fühlt sich durch die Stellungnahme der Kommunalaufsicht bestätigt in der formalen Frage und sieht eine Überarbeitung der Satzung ebenfalls als dringlich an. Die Arbeitsüberlastung erkenne er an. Herr Lichte befürwortet die Einrichtung einer dritten Stelle im Schulsekretariat entsprechend dem über das KGSt-Berechnungstool errechneten zusätzlichen Stundenbedarf. Frau Hansen erläutert, dass insgesamt ein Stellenbedarf von 86 Stunden für das Schulsekretariat berechnet wurde. Eine Besetzung der zusätzlich festgestellten Stunden wäre möglich, dennoch müsse das Verfahren geklärt werden.

Herr Lichte stellt einen weitergehenden Antrag, dass der zusätzlich festgestellte Stundenbedarf besetzt werden darf. Herr Kölbl weist darauf hin, dass nur eine Mitteilungsvorlage und keine Beschlussvorlage vorliege und somit eine Abstimmung nicht möglich sei. Stattdessen wird nach kurzer Beratung von Herrn Kölbl ein Meinungsbild eingeholt, ob die Stelle, wenn es nach der Corona-Krise unumgänglich geworden sei, ausgeschrieben und besetzt werden soll. Diese Stelle würde dann bis zu 6 Monate über die bereitgestellten Stellen hinaus besetzt werden ehe durch Beschluss entschieden wird. Die Mehrheit der Verbandsmitglieder bestätigt, dass sie sich im Falle einer Wiederholung der Abstimmung über die Schaffung der notwendigen Stelle an das abgegebene Meinungsbild gebunden fühlen und damit die Verbandsvorsteherin in die eingeworbene zusätzliche Stelle auch vor erneuter Beschlussfassung besetzen darf.

Ergebnis des Meinungsbildes:		
7 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	2 Enthaltungen

TOP 9 Neufassung der Verbandssatzung nach Anpassung an die neue Mustersatzung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag sowie die Satzung des Schulverbandes mit den Mitgliedsgemeinden Tornesch und Uetersen zu überarbeiten und einen geeinigten Entwurf vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Frau Schultz berichtet, dass die Optionsfrist zu § 2b UstG, wie geplant, durch das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise bis zum Jahr 2022 verlängert und dieser zeitliche Aufschub von der EU-Kommission auch nicht beanstandet wurde.

TOP 10 Mögliche Übertragung von vergaberechtlichen Aufgabenstellungen an die Kreisverwaltung Pinneberg, Zentrale Vergabestelle - ZVS -

Beschluss:

Die Verbandsversammlung nimmt die Ausführungen zu den Planungen einer gemeinsamen Vergabestelle – ZVS- mit dem Kreis Pinneberg zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Verhandlungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Kölbl erklärt, dass über eine Übertragung von vergaberechtlichen Aufgabenstellungen an die zentrale Vergabestelle (ZVS) der Kreisverwaltung Pinneberg, entsprechend dem Beitritt der Städte Tornesch und Uetersen, abgestimmt werden soll. Frau Schultz erläutert, dass diese Übertragung in den Vertrag der Stadt Tornesch mit der Kreisverwaltung integriert werden soll und quasi für den Schulverband ein drittes Unterschriftsfeld eingeführt wird.

TOP 11	Einrichtung einer Stelle im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) oder des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)

Beschluss:

1. Der Einrichtung einer Stelle für ein FSJ oder BFD ab dem 01.08.2020 wird zugestimmt. Die Stadt Tornesch wird gebeten, eine Stelle im Stellenplan einzurichten.
2. Es ist ein unbefristeter Trägervertrag mit dem DRK für ein FSJ oder BFD zu schließen.
3. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt als außerplanmäßige Ausgabe in den Jahren 2020 und 2021. Wenn ein Nachtragshaushalt erstellt wird, sind die Mittel i.H.v. 4.200 € für das Jahr 2020 und 9.900 € für das Jahr 2021 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:		
7 Ja-Stimmen	**2 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Frau Schultz berichtet, dass es viele Anfragen, überwiegend in Bezug auf ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) gab. Nach einer Prüfung durch die Personalabteilung wird eine Übertragung der Organisation und Durchführung über das DRK empfohlen.

Herr Schmitt erklärt, dass die CDU-Fraktion den Bedarf nicht als dringlich genug betrachte, da die Bewerber den Schulbetrieb bereits kennen würden, Aufgaben nur vage beschrieben worden seien und der Bedarf eher bewerberseitig sei. Herr Kölbl merkt an, dass angesichts der Tornescher Haushaltslage die CDU Tornesch keine weiteren Stellen schaffen möchte.

Herr Haeder kann die ablehnende Haltung angesichts der digitalen Herausforderungen nicht nachvollziehen.

Herr Waldowsky widerspricht der Einschätzung von Herrn Kölbl und bestätigt, dass FSJ'ler/innen vielseitig eingesetzt werden könnten und er den Bedarf bestätige, besonders zur Unterstützung von SuS mit zusätzlichem Förderbedarf, wie z.B. SuS in DaZ-Klassen, der Unterstützung schulischer Angebote und der Pausengestaltung. Dabei könne Ihnen der

Einblick in verschiedene Bereiche über ihre eigene Schulzeit hinaus bei der beruflichen Orientierung helfen.

Herr Bergmann und Herr Brede sprechen sich ebenfalls für eine Einrichtung einer Stelle aus. Herr Bergmann führt an, dass die hier geforderten FSJ-Stellen bereits an Uetersener Schulen vorhanden sind.

Frau Kählert bestätigt, dass ein Bedarf von Seiten der Schule bestehe und schon Bewerbungen vorliegen.

Die Mitglieder sind sich einig, dass der/die Stelleninhaber/in keine Schulsozialarbeiter-Aufgaben übernehmen dürfe.

Herr Waldowsky möchte keine Bewerber/innen einsetzen, die zuvor SuS an der KGST waren und er möchte bei der Besetzung der Stelle eingebunden werden.

TOP 12	Erstellung eines schulischen EDV-Konzeptes und Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des Digitalpakts für die Klaus-Groth-Schule hier: Auftragsvergabe und Freigabe von Mitteln

Beschluss:

1. Die Verbandsvorsteherin wird mit der Umsetzung des Digitalpaktes beauftragt.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

2.Hierfür kann sie Aufträge bis zur Höhe der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vergeben, wenn eine Refinanzierung über den Digitalpakt möglich ist.

Abstimmungsergebnis:		
7 Ja-Stimmen	**2 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

3. Die Mittel für die Erstellung eines Konzeptes für den Austausch der Bühnenelemente werden freigegeben.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

4. Die Verbandsversammlung ist in künftigen Sitzungen fortlaufend über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Frau Schultz erläutert, dass das in der Vorlage beschriebene EDV-Konzept auf einem stadtweiten Fundament mit einer digitalen Aufstockung basiere und ein Gesamtkonstrukt für die Schulen, das Rathaus und die Bücherei bilde, aber auch Bedarfe jeder eigenen Schule in einem eigenen Konzept geplant werden solle. Ziel sei ein ganzheitlicher Ansatz.

Herr Bergmann bedauert, dass kein gemeinsamer Weg von Tornesch und Uetersen gefunden wurde. Da die Erstellung des EDV-Konzepts kostenneutral sei, werde keine

Weisung des Hauptausschusses der Stadt Uetersen benötigt und die Maßnahmen würden angesichts der Erfahrungen in der Corona-Pandemie dringend erforderlich.

Frau Schultz bestätigt, dass das Konzept voll förderfähig sei, sich aber aus der Umsetzung Kosten ergeben könnten, die nicht förderfähig seien. Dies habe man bereits im Blick und soll sich auch gerade aus dem Konzept ergeben, sodass man diese möglichen Mehrkosten hier rechtzeitig vorstellen und entscheiden lassen kann.

Herr Kölbl befürwortet Anschaffungen nur nach vorangehender Vorlage eines Konzeptes und Freigabe durch den Schulverband. Frau Schultz und Frau Kählert halten dieses Vorgehen für nicht umsetzbar, da die Verbandsversammlung zu selten tagt. Herr Kölbl bietet zusätzliche Sitzungen an und verteidigt damit nochmals seine Forderung nach einer vorherigen Freigabe vor Umsetzung eines Konzeptes durch die Verbandsversammlung.

Herr Lichte, Herr Brede und Herr Brüggmann sprechen der Verwaltung ihr Vertrauen in die Umsetzung entsprechend der Vorlage aus.

Herr Kölbl beantragt eine Änderung der Beschlussempfehlung, wonach der erste von drei Punkten in zwei Punkte aufgeteilt werden soll (Satz 1 und 2) und anschließend über die vier (statt laut Beschlussvorlage drei) Beschlusspunkte einzeln abgestimmt werden soll.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung wird über die Punkte einzeln abgestimmt.

Tornesch, den 24.11.2020

Daniel Kölbl Vorsitzende(r)	Berit Kolb Protokollführer(in)